



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten
für Pforzheim und den Enzkreis

Wachstumskräfte in Deutschland stärken Christlich-liberale Koalition beweist ihre Handlungsfähigkeit

Am letzten Wochenende hat sich die christlich-liberale Koalition auf fünf Maßnahmen geeinigt, mit denen die Wachstumskräfte in Deutschland gestärkt, Familien unterstützt und auf die demographischen Veränderungen reagiert wird.

Deutschland ist ein Fels der Stabilität in Europa. Die Arbeitslosigkeit ist auf den geringsten Stand seit 20 Jahren gesunken und die Jugendarbeitslosigkeit ist die niedrigste in ganz Europa. Besonders erfreulich ist, dass auch die Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig sinkt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Wort gehalten: Deutschland ist stärker aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise herausgekommen, als es hineingegangen ist. Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätze sind bei uns so eng wie in kaum einem anderen Land von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig. Die weltweiten Wachstumsaussichten haben sich aber in den letzten Monaten abgeschwächt. Ein Grund dafür ist die Staatsschuldenkrise in einigen Mitgliedstaaten des Euroraums. Um hierfür Vorsorge zu treffen, setzt die Bundesregierung auf der einen Seite die konsequente Haushaltskonsolidierung fort, um die Bedingungen der Schuldenbremse zu erfüllen. Dies hat für die christlich-liberale Koalition Priorität. Auf der anderen Seite wollen wir alles tun, um die Wachstumskräfte in Deutschland weiter zu stärken. Dabei geht es auch darum, Bürgerinnen und Bürger jetzt auch an der Aufschwungdividende teilhaben zu lassen. Deshalb hat sich die Koalition auf folgende fünf Punkte verständigt:

1. Mehr Steuergerechtigkeit: In zwei Schritten zum 1. Januar 2013 und zum 1. Januar 2014 werden die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen im Volumen von insgesamt etwa sechs Milliarden Euro an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Die Entlastungswirkung wird in 2013 rd. 2 Milliarden Euro und in 2014 weitere rd. 4 Milliarden Euro betragen. Auch

in Zukunft werden bei verfassungsrechtlich gebotenen Anhebungen des Grundfreibetrags regelmäßig Veränderungen im Tarifverlauf vorgenommen. Von dieser Maßnahme profitieren ganz besonders die unteren und mittleren Einkommen, bei ihnen ist die Entlastung prozentual am größten.

2. Mehr Unterstützung für Menschen mit Demenz und Einführung einer Demographiekomponente in der Pflege: Die Leistungen der Pflegeversicherung für Pflegebedürftige und deren Angehörige werden verbessert. Die Pflegeversicherung soll dafür 1,1 Milliarden Euro mehr zur Verfügung gestellt bekommen. Hierzu wird der Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkte zum 1. Januar 2013 angehoben. Daneben wird die freiwillige private Vorsorge für Leistungen bei Pflegebedürftigkeit zusätzlich zum heutigen System der kapitalgedeckten Altersvorsorge ebenfalls ab dem 1. Januar 2013 steuerlich gefördert.

3. Einführung eines Betreuungsgeldes für Kinder unter 3 Jahren: Familien, die sich entschließen, das staatliche Angebot eines Krippenplatzes nicht in Anspruch zu nehmen, sondern ihre Kinder zu Hause zu betreuen, sollen von Januar 2013 an 100 Euro monatlich für 2-jährige, von Januar 2014 an 150 Euro für 2- und 3-jährige Kinder erhalten.

4. Stärkung des Arbeitsmarktes durch Einführung einer „blue card“: Damit ausländische Hochqualifizierte leichter nach Deutschland kommen und hier zum Wohlstand und Wachstum beitragen, wird das geforderte Mindesteinkommen von 66.000 Euro auf 48.000 Euro im Jahr abgesenkt.

5. Solides Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland: Zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum werden Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im kommenden Jahr einmalig um zusätzlich eine Milliarde Euro angehoben.

Zitat der Woche:

"Die Bürger haben diese Entlastungen verdient!" (CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe zum Koalitionsausschuss)

Weniger Bürokratie für den Mittelstand

Die Koalition setzt ihren Erfolgskurs bei der Entbürokratisierung konsequent fort und hat besonders den Mittelstand im Blick. Ziel ist es, die Bürokratiebelastung der Unternehmen aus Informationspflichten bis zum Jahresende 2011 um netto 25 % zu reduzieren. Gerade in einem wieder schwieriger werdenden weltwirtschaftlichen Umfeld ist es von fundamentaler Bedeutung, dass Unternehmen Zeit und Geld in ihre Wettbewerbsfähigkeit investieren und nicht in unnötige Bürokratie. Noch vor fünf Jahren mussten die Unternehmen in Deutschland rund 50 Milliarden Euro im Jahr für Bürokratiekosten aufwenden, inzwischen sparen sie jährlich deutlich über 10 Milliarden Euro ein. Dennoch, Bürokratieabbau ist und bleibt eine Daueraufgabe. Es gilt, das Programm ‚Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung‘ fortzuschreiben und dabei insbesondere Schwerpunkte bei der Steuervereinfachung und der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren zu setzen. Zudem fordert die Union die Harmonisierung und Verkürzung von Aufbewahrungsfristen für Unternehmen, beispielsweise für Rechnungen und zollrechtliche Dokumente. Eine erhebliche Entlastung für Kleinunternehmen bietet die Befreiung von Bilanzierungsvorschriften. Das ist eine Maßnahme, die nichts kostet, aber vor allem kleine Betriebe spürbar von der Last der Bürokratie befreit.

Abfallentsorgung bleibt in kommunaler Hand

Bei der Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes konnten in den Schlussberatungen viele Verbesserungen zugunsten der Kommunen erreicht werden. So wurde verhindert, dass gewerbliche Entsorger - je nach Lage auf den Rohstoffmärkten - werthaltige Abfälle einsammeln und die Kommunen die Verantwortung für den teuer zu entsorgenden Restmüll aufgebürdet bekommen. Eine solche „Rosinenpickerei“ ist künftig ausgeschlossen. Zudem soll im nächsten Jahr ein weiteres Gesetz folgen, mit dem bundesweit eine Wertstofftonne eingeführt wird, wie sie im Enzkreis bereits besteht. Die „Grüne Tonne“ bleibt erhalten, möglicherweise wird sich aber die Zusammensetzung des Abfalls, der über sie entsorgt werden kann, leicht verändern. Befürchtungen, es werde eine weitere Wertstofftonne hinzukommen, sind unbegründet.

Bildungsprämie wird verlängert

Die sog. „Bildungsprämie“ ist ein Erfolgsmodell. Allein in der ersten Förderphase wurden fast 150.000 Gutscheine für Weiterbildung ausgegeben, die Hälfte davon allein in diesem Jahr. Mit einem Gutscheinwert von durchschnittlich 310 Euro wurden im Schnitt zusätzlich weitere 655 Euro an privatem Kapital für Weiterbildungen mobilisiert. Mit der Bildungsprämie wird ein wichtiger Beitrag zur Weiterbildung und damit auch zur Sicherung ihrer Erwerbsfähigkeit geleistet. Die Bildungsprämie ist damit ein Eckstein des lebenslangen Lernens in Deutschland. Am 1. Dezember 2011 wird nun die zweite Förderphase beginnen. Von dem Programm profitierten vor allem Personengruppen, die bei der bisherigen betrieblichen Weiterbildung unterdurchschnittlich beteiligt sind. Dies gilt vor allem für Frauen (74 %), Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen (89 %), und Teilzeitbeschäftigte (47 %).

Lage auf dem Ausbildungsmarkt besser denn je

Die aktuellen Zahlen zum Ausbildungsmarkt zeigen, dass die Chancen für Jugendliche heute besser sind als jemals zuvor. Wer mobil und flexibel ist, hat alle Chancen, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten. Was für die Jugendlichen ein Segen ist, ist für viele Betriebe ein Problem. Wer heute keine Auszubildenden mehr findet, hat morgen keine Fachkräfte. Deshalb liegt es im Eigeninteresse der Unternehmen, sich auch den Jugendlichen zuzuwenden, die viele schon aufgegeben haben. In der Tat brauchen diese mehr Zeit, Förderung und Geduld als frische Schulabgänger mit guten Noten. Aber am Ende zahlen sie es mit Betriebstreue und Einsatz doppelt und dreifach zurück. Im Berufsberatungsjahr 2010/2011 wurden bei den Agenturen für Arbeit und bei den Jobcentern insgesamt 519.600 Ausbildungsplätze gemeldet. Das sind 7,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Trotz doppelter Abiturjahrgänge in Bayern und Niedersachsen und trotz der Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes sank die Zahl der gemeldeten Bewerber erneut. Insgesamt haben das steigende Ausbildungsplatzangebot und die sinkenden Bewerberzahlen dazu geführt, dass zum 30. 9. 2011 erneut mehr unbesetzte Ausbildungsplätze (29.700) als unverborgte Bewerber (11.600) vorhanden sind.